



Detailansicht des Regelungsvorhabens

EU-Verhandlungsmandat UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechten

Aktuell seit 11.08.2026 11:27:10

Angegeben von:

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (R001414) am
11.08.2026

Beschreibung:

Seit 2014 verhandelt eine Arbeitsgruppe im UN-Menschenrechtsrat über ein rechtsverbindliches Instrument zu transnationalen Unternehmen und Menschenrechten („UN-Treaty“). Wir bitten das BMZ, das AA und das BMAS, im EU-Rat mit Nachdruck für ein zeitnahes Verhandlungsmandat einzutreten. Ein UN-Treaty dient dem weltweiten Menschenrechtsschutz und liegt im ureigenen Interesse der EU, deren Mitgliedstaaten bis Mitte 2028 ohnehin die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) umsetzen müssen. Deutschland und die EU würden damit auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Multilateralismus und einer regelbasierten Ordnung leisten.

Betroffene Interessenbereiche (2)

Menschenrechte [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2608110009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

